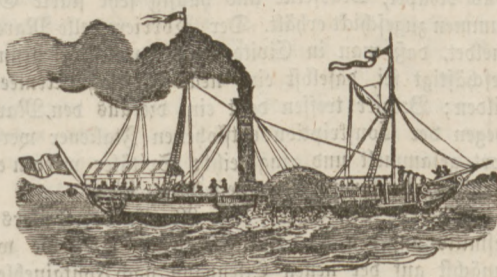


Danziger Dampfboot.

№ 177.

Donnerstag, den 1. August.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Inzerate, pro Spaltzeile 9 Pfg., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.



1861.

31ster Jahrgang.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. Hiesige können auch monatlich mit 10 Sgr. abonniren.

Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots.“

[Wolffs Telegraphisches Bureau.]

Aufgegeben in Berlin, 1. Aug. 12 u. 45 M. Nachm. Angeworfen in Danzig 1 u. 52 M. Nachm.

Krakau, Donnerstag, 1. August.

Der „Gaz“ schreibt: „Die Statthaltertschaft des Königreiches Polen soll aufgelöst werden. Der General-Kriegsgouverneur Lambert wird noch das Innere übernehmen; General Liprandi den Armeeoberbefehl des Königreiches; — Graf Wielopolski das Präsidium des Staatsrathes. Die weitere Todtenfeier des in Paris verstorbenen Fürsten Czartoryski ist in Warschau verboten.“

Paris, Dienstag, 30. Juli, Abends.

„Pays“ und „Constitutionnel“ geben Erläuterungen über den Streit des Grafen von Merode und des Generals Goyon. Merode habe einen römischen Soldaten, der einen französischen verwundet, nicht ausliefern wollen, obgleich der Papst und Kardinal Antonelli es befohlen hatten. Merode sei zu Goyon gegangen, habe ihm gedroht und beleidigende Worte gegen den Kaiser vorgebracht. Darauf habe Goyon ihm Stillschweigen geboten und hinzugefügt, er könne ihm aus Rücksicht für sein priesterliches Gewand Dhrfeigen nicht geben, er applizire sie ihm hiermit indeß moralisch. Goyon habe nun ein Duell vorgeschlagen, welches Merode verweigert, und demnächst den durch seine Worte dem Grafen zugesügten Schimpf aufrecht erhalten. Goyon habe dann nach dem römischen Soldaten in der Engelsburg suchen lassen.

Berichte aus Neapel dementiren die Nachricht von der Verhaftung des dortigen Erzbischofs.

London, Dienstag, 30. Juli, Abends.

Die „City“ hat ihren liberalen Kandidaten Weston Wood mit 5640 gegen 5168 Stimmen, die auf den Lordmajor fielen, an Stelle Russell's zum Parlamentsmitgliede gewählt.

New-York, 20. Juli.

Die Bundesstruppen, gegen Richmond vorrückend, nahmen nach einem stattgefundenen Kampfe Dalbram, einen besetzten Ort drei Meilen von Manassar gelegen.

Coburg, 30. Juli.

Der Landtag hat nunmehr auch die Haupt-Convention angenommen, nach welcher Preußen die Erhaltung des diesseitigen Contingents übernimmt, resp. das Hoheitsrecht über das diesseitige Contingent an Preußen übertragen wird.

Kopenhagen, den 30. Juli.

In „Dagbladet's“ heutiger „Revue de la semaine“ heißt es: Wir halten es nicht für wahrscheinlich, daß die dänische Regierung weitere zur Zeit in Anwendung zu bringende Anerbietungen gemacht habe, als auf die Anwendung des königlichen Erlasses von 1859 in Betreff der Größe des holländischen Betrages zu den gemeinsamen Bedürfnissen der Monarchie zu verzichten, woraus folgen würde, daß die Regierung sich für das laufende Jahr mit einem geringen Betrage Holsteins begnügen werde. Sie hegt nichtsdestoweniger noch immer die Hoffnung, daß die Angelegenheit für das nächste Jahr in eine befriedigende Phase gelangen werde.

Der Marquis Torrearsa ist heute von hier zum Könige nach Sonderburg abgereist und wird Donnerstag wieder zurück erwartet; große Festlichkeiten werden vorbereitet.

Paris, 30. Juli, Abends.

Die „Patrie“ erklärt in förmlicher Weise, es befänden sich gegenwärtig noch 30,000 Gewehre in der Engelsburg in Rom.

Das „Pays“ spricht von einem heftigen Wortwechsel, der zwischen General Goyon und dem päpstlichen Kriegsminister Merode stattgefunden habe.

Nigra wird morgen hier erwartet. Graf Vimercati ist zum Attaché der italienischen Gesandtschaft in Paris ernannt. (S. N.)

R u n d s c h a u.

Berlin, 31. Juli.

— Die Großherzöge von Sachsen-Weimar, von Baden, von Mecklenburg-Schwerin, von Oldenburg, die Herzöge von Gotha, von Braunschweig und viele andere fürstliche Personen werden dem großen Herbstmanöver beiwohnen, das am Rhein zur Ausführung kommt. Außerdem treffen zur Theilnahme aus allen Ländern viele höhere Offiziere ein.

— Bekanntlich hat sich in Berlin ein Comité gebildet, welches in der Lichtenthaler Allee, an der Stelle, wo das Attentat auf den König stattgefunden, eine Kapelle zu erbauen beabsichtigt. Aus Baden-Baden wird nun der allgemeinen preussischen Zeitung geschrieben: „Ganz nahe bei jener Stelle, an dem reizendsten Punkte der Lichtenthaler Allee, steht im Schatten hoher Linden- und Kastanienbäume ein kleiner unscheinbarer Bildstock, von Steinen aufgemauert, bei welchem die Landleute der Umgegend an gewissen Tagen des Jahres ihre Andacht zu verrichten pflegen, zu welchem Zweck derselbe dann mit Blumen, Kränzen und brennenden Kerzen geschmückt wird. — Diese prunklose, einfache Andacht hat manche Freunde gefunden, die ihren Beifall durch ein Geldgeschenk zur Erbauung einer kleinen Kapelle an den Tag gelegt, und so hat sich im Laufe der Zeit ein kleiner Baufonds gebildet. Das Terrain mit dem Bildstock ist fast eingeschlossen von einem Grundstück, das sich im Besitze Sr. Maj. des Königs von Preußen befindet.“

— Die „Ostsee-Zeitung“ bringt in ihrer Abend-Ausgabe vom 19. d. Mts. die Nachricht, daß die englischen Gesellschaften, welche zum Bau einer Eisenbahn zwischen Tilsit und Insterburg Kapitalien hergeben wollten, vom Staate zurückgewiesen seien und daß das Ministerium erklärt habe, es halte eine Zweigbahn von Insterburg über Tilsit nach Memel für eine notwendige Ergänzung der Ostbahn, welche der Staat selbst auszuführen verpflichtet sei. Diese Mittheilung entbehrt der Begründung. Zur Ausführung der Eisenbahn zwischen Insterburg und Tilsit haben bisher Verhandlungen mit englischen Kapitalisten nur von Seiten der beteiligten Kreise stattgefunden, und die Staatsregierung hätte danach zu einer Zurückweisung der Kapitalisten überhaupt keinen Anlaß. Ueber die Ausführung einer Eisenbahn von Memel nach Tilsit ist bisher noch kein Beschluß gefaßt worden und die Erbauung auf Staatskosten zur Zeit um so weniger in Aussicht genommen, als zunächst noch wichtigere Eisenbahnlösungen mit einer direkten Unterstützung aus Staatsmitteln herzustellen sein werden. Den anerkenntnswerthen Bestrebungen der Kreise ist schon jetzt alle thunliche Förderung zu Theil geworden und wird ihnen auch in Zukunft nicht versagt werden.

Landeshut, 26. Juli. Vorgestern langte an der böhmischen-preussischen Grenze — in Dittersbach bei Liebau — ein Trupp Serben an. Die in der Frauen und Kinder etwa 54 Köpfe zählende Gesellschaft verlangte Gewerbescheine, um in Preußen als herumziehende Messerschmiede ihren Unterhalt zu verdienen. Die Liebauer Behörde sandte den Vorsteher und den Beigeordneten dieser eine förmliche Gemeinde bildenden Leute eiligst nach Landeshut, um weitere Weisungen Seitens des Landrathsamtes zu erlangen. Die beiden Serben, deren äußere Erscheinung natürlich das größte Aufsehen erregte, mußten dahin beschieden werden, daß nur die Liegnitzer Regierung über ihr Gesuch entscheiden könne. Unter der unvermeidlichen Begleitung der lieben Straßenjugend verließen die Deputirten die Stadt, um zu ihren in Dittersbach lagernden Gefährten zurückzukehren. Interessant war es für uns, die Lagerstätte dieses Trupps zu besuchen. Wir langten bei derselben an, als die Gesellschaft ihre Morgentoilette machte. Die Zelte wurden eben zusammengelegt, die Betten verschwanden, während die zahlreiche, dunkelfarbige Nachkommenschaft im einfachsten Habit auf der Erde umherkroch. Die Weiber, in deren dunklem Haare Silbermünzen und silberne Kugeln befestigt waren, ordneten auf den Wagen das Gepäck, die Männer saßen um einen auf den Boden ausgebreiteten Teppich und zählten Geld auf, um die geforderte Kaution — 400 Gulden — zusammen zu bringen. Neben den Wagen graseten 20 Pferde. Da die Vorsteher, welche gestern nochmals in Landeshut waren, von Seiten des Kreissekretairs — der Herr Landrath war abwesend — den Bescheid erhielten, daß der truppweise Durchzug nicht genehmigt werden könne, so werden selbige, wie wir hören, nach Liegnitz reisen, um dort um entscheidende Bestimmungen nachzusuchen.

Köln, 29. Juli. Nachdem die „Köln. Ztg.“ in einer Reihe von Artikeln dasjenige hervorgehoben, was in den Programmen und Verhandlungen des National-Vereins ihre Zustimmung hat, kann sie doch auch nicht umhin, ihre Bedenken gegen diese und jene Erscheinung innerhalb des Vereins auszusprechen und namentlich zu bemerken, daß zu den ihr nicht gefallenden Erscheinungen „eine gewisse, neuerdings in Schrift und Wort öfter hervortretende Feindseligkeit gegen die gegenwärtige preussische Regierung und gegen die sogenannte von Vincke'sche große Fraktion unseres demnächst abtretenden Hauses der Abgeordneten gehöre.“ Ein anderes Bedenken der „Köln. Ztg.“ ist folgendes: „Die Wirksamkeit des National-Vereins durch einen Ausschuß, dessen Mitglieder man in Deutschland kennt und verehrt“, bemerkt dieselbe, „begreifen wir; eben so die durch Zeitschriften, deren Redactionen jener geachtete Ausschuß bestellt und deren Redacteur über die anonymen Correspondenten die nöthige Censur üben können. Aber die Angemessenheit einer Bethätigung durch Mehrheits-Resolutionen“ von lokalen Versammlungen, deren ganze Zusammensetzung rein vom Zufalle abhängt, für welche gar kein mit Censur oder Veto ausgerüsteter Vorstand besteht, für welche also auch der Ausschuß und somit der Verein selber nicht die mindeste Bürgschaft ihrer Programmmäßigkeit oder Zweckmäßigkeit besitzen kann, ist uns nicht klar. Der Majoritätsbeschluß einer nur ad hoc berufenen Versammlung geht die Minorität weiter nichts an; denn solche Versammlung ist eben nichts Bleibendes und existirt nur, so lange sie zusammen ist. Aber Vereins-Beschlüsse und gar politische Vereinsbeschlüsse binden und berühren am Ende doch auch die Mino-

